Sachdokumentation:

Signatur: DS 3632

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/3632

Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

Überparteiliche Medienkonferenz «JA zum Covid-19-Gesetz»
Conférence de presse interpartis « OUI à la Loi Covid-19 »
Redetexte / *Discours*

Sperrfrist 4. November 2021, 10.00 Uhr
Es gilt das gesprochene Wort. *Seules les paroles prononcées font foi.*

Thierry Burkart, Präsident FDP Schweiz (S.1)
Cédric Wermuth, Co-Präsident SP Schweiz (S.3)
Gerhard Pfister, Präsident Die Mitte Schweiz (S.4)
Lilian Studer, Präsidentin EVP Schweiz (S.5)
Jürg Grossen, Präsident Grünliberale Partei Schweiz (S.6)
Balthasar Glättli, Präsident Grüne Schweiz (S.8)

* * * * * *

Thierry Burkart
Präsident und Ständerat (AG) FDP.Die Liberalen

Covid-Gesetz als Schlüssel zur Freiheit in der andauernden Pandemie!

Sehr geehrte Damen und Herren

Im November stimmen wir über die wichtige Revision des Covid-19-Gesetzes ab. Es ermöglicht uns trotz anhaltender Pandemie eine schnellere Rückkehr zur Normalität und Freiheit. Dagegen wurde das Referendum ergriffen.

An der heutigen Pressekonferenz spricht sich ein breites Komitee, bestehend aus allen Parteien ausser der SVP, für das Covid-19-Gesetz aus. Die hochkarätige Vertretung aus den Parteispitzen untermauert die Wichtigkeit dieses Gesetzes.

1. Eingangs werde ich darlegen, warum das Covid-19-Gesetz der Schlüssel zur Freiheit in der Pandemie darstellt.
2. NR Cédric Wermuth (SP) zeigt auf, welche Wirtschaftshilfen das Gesetz enthält und weshalb diese nach wie vor wichtig sind.
3. NR Gerhard Pfister (Mitte) legt dann dar, dass das Zertifikat von zentraler Bedeutung für direkt betroffene Branchen wie Kultur und Gastro ist.
4. NR Lilian Studer (EVP) erläutert anschliessend, wie das Zertifikat dazu beiträgt, das Gesundheitssystem vor Überlastungen zu schützen.

5. NR Jürg Grossen (GLP) wird berichten, wie Reisen ins Ausland ohne Zertifikat massiv erschwert werden.
6. NR Balthasar Glättli (Grüne) schliesslich zeigt auf, dass das Zertifikat weder die Macht des Bundesrates ausbaut noch die Grundlage für eine elektronische Massenüberwachung darstellt.

Niemandem gefallen die Einschränkungen – insbesondere nicht mir als Liberalen. Was allerdings im Diskurs oft und teilweise bewusst ausgeblendet wird: Nach wie vor befinden wir uns in einer anhaltenden Pandemie.

Das Zertifikat öffnet uns aber Freiräume, die angesichts der Pandemielage andernfalls nicht möglich wären. Während in anderen Ländern wieder weitreichende Lockdowns das öffentliche Leben zum Erliegen bringen, können wir «unmaskiert» Sport- und Kulturveranstaltungen und Restaurants besuchen sowie international reisen. Nach langem Lockdown ist all das endlich wieder vereinfacht möglich – dank dem Covid-Zertifikat! Es ermöglicht uns also Freiheiten, die es andernfalls nicht gäbe.

Weiter aber gilt: Auch das Zertifikat – respektive die Pflicht zu dessen Verwendung in verschiedenen Lebensbereichen – ist eine Einschränkung der persönlichen Freiheit. Die ist nur so lange gerechtfertigt, wie sie notwendig und verhältnismässig ist. Das heisst, dass Getestete, Geimpfte und genesene Personen, die aus epidemiologischer Sicht weitaus weniger ansteckend sind, auch von Einschränkungen befreit werden sollen. Das Zertifikat ermöglicht ein verhältnismässiges Vorgehen.

Umgekehrt zeichnen sich bei einer Ablehnung des Covid-19-Gesetzes unkontrollierbare negative Konsequenzen ab: Es drohen erneut einschneidende Lockdowns und Schutzmassnahmen. Das wäre verheerend für Gesellschaft und Wirtschaft. Internationale Reisen würden zusätzlich verkompliziert und erschwert. Zusätzlich müsste die unsinnige Quarantänepflicht für Genesene und Geimpfte wieder eingeführt werden. Konsequenzen, die wir uns dank dem Covid-19-Gesetz und insbesondere dem Zertifikat schenken könnten.

Darum gilt es, mit dem Covid-19-Gesetz Verantwortung zu übernehmen. Zertifikat und weitere Instrumente des Covid19-Gesetzes helfen, auf einem sicheren Weg in der Pandemie so schnell wie möglich Freiräume zurückzugewinnen. Wer die Freiheit und Verantwortung wählt, sagt darum am 28. November Ja zum Covid-19-Gesetz.

* * * * * *

Cédric Wermuth

Co-Präsident und Nationalrat (AG) SP Schweiz

Das Covid-19-Gesetz als sozialpolitisch abgesicherter Pfad raus aus der Pandemie

Sehr geehrte Damen und Herren

Es ist klar, dass aktuell die Debatte um den Fortschritt der Impfkampagne und das Zertifikat im Vordergrund stehen. Dabei droht allerdings vergessen zu gehen, dass das Parlament im März 2021 auch Verbesserungen im Bereich der finanziellen Hilfen beschlossen hat. Diese Hilfen fallen bei einem Nein zum Covid-19-Gesetz ebenfalls.

Dazu gehören:

- die Ausweitung der Härtefallhilfe sowie des Erwerbsersatzes für Selbständige und die Senkung der Eintrittsschwelle für Corona-Erwerbsersatz von 40 % auf 30 % Umsatzrückgang,
- die Ausweitung der Kurzarbeitsentschädigung,
- die Verlängerung der Arbeitslosengelder,
- der Schutzschirm für Kulturveranstaltungen von überregionaler Bedeutung,
- die Lockerung der Finanzhilfen für die Sportclubs,
- die Ausweitung der Finanzhilfen für Kitas und Betreuungsstrukturen der öffentlichen Hand,
- die Ausweitung der Finanzhilfen für die Kultur und die Kulturschaffenden auf die freischaffenden Künstler:innen,
- der Ausgleich der Werbeverluste der privaten Radio- und Fernsehstationen.

Natürlich ist uns allen bewusst, dass der Bundesrat entschieden hat, nicht alle Massnahmen weiterzuführen. Was aber, wenn wir auf Grund einer vierten Welle nochmals Massnahmen bräuchten? Niemand wünscht sich das, aber in einem solchen Fall stünden wir staatspolitisch vor einem gröberen Problem. Das betrifft auch die jetzt angedachten Verlängerungen der Hilfen für Kultur und Sport. Politisch wäre eine entsprechende Weiterführung nach einem Nein am 28. November kaum denkbar.

Für die SP ist deshalb klar, dass der sozialpolitisch abgesicherte Pfad raus aus der Pandemie nur über das Covid-19-Gesetz führt. Es ist, so glaube ich, allen klar, dass wir uns alle wünschen würden, dieses Gesetz wäre und wird so schnell wie möglich überflüssig. Aber wenn wir eines gelernt haben nach zwei Jahren Pandemie, dann, dass wir diesen Moment nicht politisch beschliessen können. Das hängt davon ab, wie effektiv wir die Massnahmen zur Bekämpfung des Virus umsetzen. Wer Nein sagt zu diesem Gesetz, spielt deshalb mit dem Feuer: Er oder sie riskiert eine Verlängerung der Krise, ohne dass die wirtschaftlichen Hilfen solide genug wären.

* * * * *

Gerhard Pfister

Präsident und Nationalrat (ZG) Die Mitte Schweiz

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Schweiz steht seit über eineinhalb Jahren vor der grössten Herausforderung seit Jahrzehnten. Und die Bewältigung der Corona-Krise ist leider immer noch nicht geschafft. Wir alle müssen weiterhin solidarisch sein und Verantwortung übernehmen. Nur so gelingt es uns, die Pandemie gemeinsam zu bewältigen.

Im Vergleich zu anderen europäischen Ländern sind wir bisher besser und glimpflicher durch die Krise gekommen. Dies vor allem auch, weil wir mit dem Covid-19-Gesetz beherzt Massnahmen ergriffen haben, die es gebraucht hat. Nur deshalb ist bei uns auch der wirtschaftliche Einbruch weniger stark ausgefallen als anderswo. Wir sind bisher auch so gut durch die Krise gekommen, weil eine grosse, klare Mehrheit der Bevölkerung ihre Verantwortung übernommen und die Massnahmen ohne Murren befolgt und beherzigt hat. Wir alle wollen so rasch wie möglich aus dieser Pandemie heraus, das ist klar. Ebenso klar ist, dass der zentrale Baustein, um dies möglichst schnell und gut zu schaffen, das Covid-19-Gesetz ist. Es stellt sicher, dass die Schweiz, wenn nötig auch nächstes Jahr über die nötigen Instrumente und finanziellen Mittel verfügt, um die Folgen der Pandemie zu bewältigen und die betroffenen Branchen weiterhin zu unterstützen.

Für direkt betroffene Branchen wie Tourismus, Kultur und Gastro sind das Gesetz und das Zertifikat zentral. Denn bei einem Nein würden auch essenzielle Unterstützungsmassnahmen wie zusätzliche Taggelder für Arbeitslose, die Ausweitung der Kurzarbeitsentschädigung und die Entschädigung von Veranstaltern wegfallen. Die Unsicherheit wäre gross und die Situation für viele Betroffene wieder sehr ungewiss. Doch die betroffenen Branchen brauchen nun endlich Rechtssicherheit und Stabilität. Und das Zertifikat schützt die direkt betroffenen Branchen vor neuen Schliessungen und schärferen Massnahmen.

Das international anerkannte Covid-Zertifikat bildet die Basis des grenzüberschreitenden Tourismus. Ohne gesetzliche Grundlage können die bereits bestehenden und ausgestellten Zertifikate nicht mehr benutzt werden. Dies würde zu erheblichen Problemen im Bereich des Reisens führen. Dies gilt es unbedingt zu verhindern, bildet doch die internationale Reisefreiheit die Grundlage eines erfolgreichen Tourismusstandorts Schweiz.

Bei einer Ablehnung des Covid-19-Gesetzes wäre es nicht mehr möglich, staatliche Massnahmen für Geimpfte, Genesene und Getestete milder zu gestalten. Sollten die Spitäler erneut an ihre Kapazitätsgrenzen stossen, müsste der Bundesrat für alle Personen und Unternehmen gültige Massnahmen ergreifen. Ohne Covid-Gesetz folgen im schlimmsten Fall nicht mehr Freiheiten, sondern weniger. Der Kreis der Betroffenen wäre somit grösser.

Zeigen wir uns also solidarisch und übernehmen Verantwortung für die Bewältigung der Pandemie und für all jene, die wegen der Corona-Krise ohne Schuld in Not geraten sind.

Deshalb sollten wir das gemeinsam Erreichte nicht aufs Spiel setzen und Ja zum Covid-19-Gesetz sagen.

Besten Dank.

******

Lilian Studer

Präsidentin und Nationalrätin (AG) EVP Schweiz

Das Zertifikat schützt das Gesundheitssystem vor Überlastung

Bei einem Nein gäbe es ab 19. März 2022 keine gesetzliche Grundlage für das Covid-Zertifikat. Bewusst müssen wir uns sein, die Auslandreisen wurden durch die gesetzliche Grundlage des Zertifikats erleichtert oder sogar wieder ermöglicht. Dies war ein wichtiger Grund, warum das Parlament die gesetzliche Grundlage für dieses Zertifikat geschaffen hat. Die rechtliche Grundlage für ein Zertifikat hat uns dann auch wieder ermöglicht, an Grossanlässen teilzunehmen. Freiheiten hat man dadurch gewonnen, die betroffenen Branchen hat man zudem mit dieser Möglichkeit sehr unterstützt.

Nun wurde das Zertifikat ausgeweitet. Warum? Die Anspannung auf den Covid-19-Stationen in den Spitälern war wieder real. Steigende Fallzahlen waren da und hätten zudem erneut zu einer unerwünschten Überlastung der Kapazitäten führen können. Aus den gemachten Erfahrungen haben der Bundesrat und die Kantone, die ja immer angehört werden müssen, gelernt. Einschränkungen waren auf irgendeine Art angezeigt, nicht nur aufgrund der Überlastung, auch damit weitere und lebensrettende Massnahmen und Operationen von Patienten nicht verschoben werden müssen. Eine temporäre Ausweitung der Zertifikatspflicht war somit der geeignetste Weg, um einschneidendere Massnahmen zu verhindern.

Unterschiedliche Meinungen bezüglich der jetzigen Situation und somit der Ausweitung der Zertifikatspflicht gibt es. Wichtig ist, sich noch einmal vor Augen zu führen, dass das Zertifikat Geimpfte, Genesene oder Nicht-Geimpfte, die getestet sind, beinhaltet. Also alle! – Kinder sind ausgenommen. Zudem stehen wir immer noch in einer Pandemiesituation, die auf dem Epidemiengesetz beruht. Die Zertifikatskontrolle ist aufwendig, und verständlicherweise wollen Restaurants, Clubs und Fitnesscenter keine Kontrolleure sein, trotz des wichtigen Nebeneffekts, dass sie dadurch ihre Plätze wieder belegen können. Doch ein Konsens besteht hoffentlich, dass wir alle sicher nicht noch einmal einen Lockdown wollen, was in anderen Ländern in Europa aufgrund steigender Fallzahlen und Überlastung der Spitäler z.T. wieder in Erwägung gezogen wird. Wie gesagt, die erweiterte Zertifikatspflicht ist temporär gedacht.

Schauen wir zurück auf Ende August/anfangs September dieses Jahres. Die Delta-Variante dominierte inzwischen bei weitem die Fälle. Dieses Virus ist ansteckender und kann zu

schwereren Erkrankungen führen. Meldungen seitens Covid-Stationen gab es, dass aufgrund der angespannten Lage die betroffenen Ärzte und das Pflegepersonal sich an die erste und zweite Welle erinnerten. Laut Covid-19 Science Task Force hat sich innerhalb von vier Wochen die Anzahl hospitalisationsbedürftiger COVID-19 PatientInnen rund verachtfacht. Die Intensivstationen waren stark ausgelastet, dies auf einem Niveau wie Ende Oktober 2020. Die Anspannung vor Ort war somit real. Eine weitere Verdoppelung hätte eine ähnliche Belastung der Spitäler und des Gesundheitspersonals erreicht wie zum Höhepunkt der zweiten Welle. Ein rascher Anstieg der Hospitalisationen und damit eine Überlastung der Spitäler konnte aufgrund der kühler werdenden Temperaturen nicht ausgeschlossen werden. In einigen Kantonen wurden Operationen bereits wieder verschoben oder verschiedentlich wurden auch Patienten und Patientinnen in andere Spitäler verlegt. Denn auch für das jugendliche Verkehrsunfallopfer, die Gebärenden mit Komplikationen oder dem Herzinfarktpatient brauchte es genügend Kapazität. Eine Überlastung wollte man vermeiden.

Fakt ist in einer solchen Lage zudem, dass Covid-Patienten zeitintensiv und somit personalintensiv sind. Pflegepersonal ist nicht im Überschuss vorhanden und in den letzten Monaten kamen sie einige Male an ihre Belastungsgrenze. Covid-Patienten bleiben auf Intensivstationen durchschnittlich auch um einiges länger als andere Patienten.

Wie schon erwähnt, sind wir alle froh, wenn die Ausweitung der Zertifikatspflicht wie alle anderen Massnahmen aufgehoben werden können. Gehandelt werden muss aber damit Spitäler und damit das Spitalpersonal nicht erneut über die Belastungsgrenze hinaus gefordert werden. Das Zertifikat bildet da die Grundlage, um ohne Lockdown die Ansteckungszahlen hoffentlich auf tiefem Niveau halten zu können.

******

Jürg Grossen

Präsident und Nationalrat (BE) Grünliberale Partei Schweiz

Liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Medienschaffende, meine Damen und Herren,

Vor über 600 Tagen wurde der erste Covid-19 Fall in der Schweiz bestätigt. Seither haben die Pandemie und ihre Folgen in unseren Leben Spuren hinterlassen.

Die Massnahmen zur Bekämpfung der Pandemie und zur Linderung der Schäden sind notwendig. Eine Ablehnung des Covid-19-Gesetzes würde die erweiterten und laufenden Covid-Hilfen in verschiedenen Bereichen infrage stellen und dem Covid-Zertifikat die Rechtsgrundlage entziehen, was Rechtsunsicherheit schaffen, unserer Wirtschaft schaden und die Schweiz in der Pandemiebekämpfung zurückwerfen würde.

Das Covid-Zertifikat ist ein wichtiger Schlüssel zum Ausgang aus der Pandemie. Es ermöglicht uns allen, auch in Zeiten der Pandemie ein «quasi» normales Leben zu führen:

Neben dem Essen mit Freunden, dem Fussballmatch- oder Kinobesuch mit der Familie sind auch Reisen ins Ausland dank dem Zertifikat ohne grosse Hürden möglich.

Ohne gesetzliche Grundlage könnten die bereits bestehenden und ausgestellten Zertifikate nicht mehr benutzt und neue nicht mehr ausgestellt werden. Dies würde zu erheblichen Problemen im Bereich des Reisens und der internationalen Anerkennung des schweizerischen Zertifikates führen. Das Schweizer Zertifikat wird von den EU und EFTA-Staaten anerkannt und kann im gesamten EU-/EFTA-Raum genutzt werden. Diese Anerkennung beruht auf Gegenseitigkeit.

Ohne Zertifikat würden sich für die Schweizer Bevölkerung im internationalen Personenverkehr zusätzliche Hürden ergeben. Konkret würde das wohl bedeuten, dass wir für jede Reise spezifische Bewilligungen beantragen oder zusätzliche Formulare ausfüllen müssten. Es wäre nicht nur mühsamer Papierkram für alle Schweizerinnen und Schweizer, die Ferien im Ausland machen möchten, sondern auch eine ungeheure Bürokratie für Geschäftsreisen. Und das müssen wir unbedingt verhindern. Denn die internationale Reisefreiheit ist eine wichtige Rahmenbedingung für den Schweizer Wirtschafts- und Tourismusstandort. Über 2,2 Millionen Personen reisen in normalen Zeiten im Tagesdurchschnitt in der Schweiz ein und aus. Unsere exportorientierte Wirtschaft ist auf Reisen ohne Hürden angewiesen, um im Ausland Geschäfte zu machen, sowie Geschäftspartner und Kundinnen in der Schweiz willkommen zu heissen. Aber auch unsere Tourismusregionen sind auf eine unbürokratische und einfache Lösung angewiesen, um den ausländischen Gästen angenehme Ferien in der Schweiz zu ermöglichen, die Winterferien stehen bald vor der Türe.

Zudem sind wir Schweizer äusserst reisefreudig. Fast keine andere Nation weltweit geht so gerne und so oft ins Ausland in die Ferien. Das international anerkannte Covid-Zertifikat bildet deshalb die Basis für den grenzüberschreitenden Handel und den Tourismus.

Falls das Covid-Gesetz am 28. November an der Urne scheitert, könnten spätestens ab März 2022 keine Covid-Zertifikate mehr ausgestellt werden, auch nicht für Auslandreisen und Auslandaufenthalte. Die Reisefreiheit der Schweizer Bevölkerung wäre massiv eingeschränkt. Eine Wiedereinführung einer Art «Covid-Zertifikat für Auslandsreisen» wäre rechtlich kompliziert und würde auf jeden Fall Monate dauern.

Aus diesen Gründen haben die Grünliberalen das Covid-Gesetz und das Zertifikat klar und einstimmig unterstützt. Als Wissenschaftspartei haben sich die Grünliberalen bei allen Schritten immer für faktenbasierte Entscheidungen eingesetzt und vor allem auf die Impfung als zentrale Massnahme gesetzt. Ich appelliere deshalb heute hier nochmals an alle, lasst euch impfen. Denn jede Impfung bringt uns näher ans Ziel – die Rückkehr in einen normalen Alltag. Und bis wir dieses Ziel erreicht haben, können wir auf das Zertifikat als zentrale Massnahme zur Eindämmung der Pandemie zählen.

* * * * * *

Balthasar Glättli

Präsident und Nationalrat (ZH) Grüne Schweiz

Das Covid-19-Zertifikat: Datensparsam und verhältnismässig

Geschätzte Medienschaffende, geschätzte Anwesende

Die Gegner*innen des Covid-Gesetzes haben sich stark auf das Zertifikat eingeschossen, kritisiert wird es von zwei Seiten. Die Referendumsführer*innen behaupten, dass es Ungeimpfte und Ungetestete ausschliesst. Dabei ist es gerade umgekehrt: Dank dem Zertifikat werden für Geimpfte, Genesene und Getestete Freiheiten wieder möglich.

Verhältnismässigkeit heisst: Ungleiches ungleich behandeln für möglichst wenige Grundrechtseinschränkungen

Das Verhältnismässigkeitsprinzip der Verfassung besagt, dass Grundrechtseinschränkungen wie z.B. die Einschränkung der Bewegungsfreiheit, der Versammlungsfreiheit, aber auch der Wirtschaftsfreiheit mit den mildest möglichen Massnahmen geschehen müssen. Solange es gesundheitspolitisch verantwortbar ist, Personen, die weniger ansteckend sind (da sie geimpft/genesen/getestet sind) mehr Freiheiten zu geben als solchen, die sich Impfung und Tests verweigern, muss dies auch gemacht werden.

Die gleiche Überlegung zur Verhältnismässigkeit gilt übrigens für die Aufhebung der Quarantäne für Geimpfte, die auch im Covid-Gesetz steht. Das ist nicht eine Bevorzugung von Geimpften, sondern eine Einschränkung einer massiv freiheitsbeschränkenden Massnahme auf jene Kreise, bei denen sie zur Pandemiebekämpfung nötig ist. Es wäre eine unverhältnismässige Einschränkung der Grundrechte, wenn – zugunsten einer «Gleichbehandlung» von Personen, die als Geimpfte eben nicht gleich die Pandemie weitergeben wie Ungeimpfte – auch Geimpfte in die Quarantäne müssten.

Zertifikat Light ist vorbildlich und datenschutzmässig viel besser als Tracing-Listen

Die Referendumsführer*innen behaupten ebenfalls, dass das Zertifikat ein Instrument der Massenüberwachung und datenschutzmässig höchst problematisch sei. Das Gegenteil ist der Fall. Die Schweiz kennt dank dem EDÖB, also dank unserem Datenschutzbeauftragten für den Inlandgebrauch sogar ein spezifisch datensparsames Zertifikat light. Bei der Kontrolle kann aus dem Zertifikat Light nur noch die kryptographisch verifizierte Info zu Namen und Geburtsdatum ausgelesen werden – und keine Infos, ob die Person etwa geimpft oder genesen oder getestet ist. Auch die

Information, wann eine allfällige Impfung stattgefunden hat, welche Rückschlüsse z.B. auf das Vorhandensein von Vorerkrankungen zulassen würde, ist im Zertifikat light nicht vorhanden.

Weil das Zertifikat light zu wenig bekannt ist, hier der Tipp: Sie wandeln ihr Zertifikat ganz simpel in ein datensparsames Zertifikat Light um, indem sie beim Zertifikat nach unten scrollen, auf Zertifikat light klicken, und dieses dann im nächsten Bildschirm «aktivieren». Sie müssen dabei online sein.

Jede und jeder, der Facebook nutzt oder ohne besonderen Browser von unterwegs im Web surft, gibt den grossen Datenkraken mehr Informationen über sich, als dies das Zertifikat tut.

Das Zertifikat und noch mehr das Zertifikat light sind dezentrale Systeme, die nur direkt vor Ort überprüft werden – aber es wird weder die Überprüfung gespeichert noch die Daten, wer wann wo von wem aufs Zertifikat geprüft wurde. Das Zertifikat ebenso wie die anonyme Contact-Tracing App sind zwei Musterbeispiele dafür, wie der Staat – und Private – eigentlich IT-Projekte angehen müssten: Mit Privacy by default, mit dezentral verteilter Information statt allwissender zentralisierter Datenbanken.

Im Vergleich dazu waren die Papier-Präsenzlisten und noch mehr die digitalen Check-Ins via verschiedener Apps und mobiler Websites, die sich in den ersten anderthalb Jahren der Pandemie verbreitet haben, ein datenschutzmässiger Albtraum. Viele der Angebote bewahrten Daten über lange Zeit auf (zum Beispiel um ein einfacheres erneutes Einchecken zu ermöglichen) und erstellten eben zentrale Datenbanken mit Infos, wer sich wann wo aufgehalten hatte. Und das alles gegebenenfalls mit dem Zugriff der Behörden. Einige waren aufgrund mangelnder Sicherheit auch geradezu Einladungen an Hacker – die Medien berichteten.

Fazit: Wer sonst ein Smartphone nutzt, aber nun beim Zertifikat plötzlich von Massenüberwachung spricht, hat nichts verstanden. Nicht nur von der privaten Massenüberwachung, sondern auch von der Vorratsdatenspeicherung der Randdaten, welche heute zuhanden der Strafverfolgungsbehörden im BÜPF vorgeschrieben automatisch von allen Mobilfunkanbieterinnen gemacht werden muss. Wann Sie von wo mit wem telefoniert haben und von wo aus sie sich wann mobil ins Internet einloggten, diese Daten werden tatsächlich ein halbes Jahr gespeichert. Aber das hat mit dem Covid-Gesetz, mit Contact Tracing, mit dem vorliegenden Zertifikat nix, aber auch gar nix zu tun. Im Gegenteil: Wir können froh sein, haben wir in der Schweiz entschieden, eben auf diese datensparsame Lösung zu setzen, statt – wie in anderen Staaten – die in der Pandemie-Bekämpfung gesammelten Randdaten für die Verbrechensbekämpfung zu nutzen.

Die Referendumsführer*innen behaupten schliesslich, das Covid-Gesetz bringe «eine Willkür-Politik, durch Vollmachten für den Bundesrat ohne Kontrollaufsicht (Art. 1a

Kriterien und Richtwerte)». Fakt ist das Gegenteil: Das Covid-Gesetz präzisiert die Befugnisse des Bundesrates und des Parlaments zur Bewältigung der Pandemie. Ohne Covid-19-Gesetz könnte der Bundesrat – auf Basis des Epidemiengesetzes – mittels zeitlich befristeter Verordnungen ohne Mitsprache des Parlaments durchregieren. Das Gesetz ist also ein demokratiepolitischer Fortschritt, welches die Vollmachten des Bundesrates begrenzt!

* * * * * *